



aus Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (C.H. Beck, 2014, ISBN 978-3-406-66051-1)

7. Die Dynamik der Gewalt

«Machtergreifung»

Ein knappes Jahr nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler notierte der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, über die Lage in Deutschland: «Zu Ende des Jahres 1933 steht das nationalsozialistische Deutschland da mit seinen Sitten, seinen Einrichtungen, seinem Wortschatz, seinem neuen Gruß, seinen Schlagworten, seiner Mode, seiner Kunst, seinen Gesetzen und Festen. Nichts fehlt. Der Reichsparteitag in Nürnberg, der (Reichsparteitag des Sieges) vom Anfang September, zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend. » Nun waren die Einblicke des Botschafters zweifellos beschränkt auf das politische Geschehen in den Staats- und Parteispitzen, und gewiss spielten auch die Faszination der Massenaufmärsche und die Propaganda des neuen Regimes eine Rolle. Aber François-Poncet, ein Nationalliberaler alter Schule, war ein nüchterner Beobachter mit guten Kontakten zu allen politischen Lagern in der Reichshauptstadt. Er übersah auch nicht die «Gewalttätigkeit der Regierung gegenüber den Kirchen und Juden» sowie die «Ausschreitungen ihrer Milizen», wenngleich ihn solche Exzesse angesichts der Schärfe des politischen Richtungswechsels in Deutschland nicht überraschten. Denn «das Erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete.» 1





Dass es dem neuen Regime unter Hitler in weniger als einem Jahr gelungen war, einen vollständigen Systemwechsel vorzunehmen, der alle Elemente einer Revolution in sich trug, und dass diese Politik im

offenbar überwiegenden Teil der Bevölkerung als außerordentlich erfolgreich angesehen wurde – dies war ein Vorgang von so enormer Wucht und emotionaler Intensität, dass er bereits von den Zeitgenossen in- und außerhalb Deutschlands als tiefgreifender Einschnitt, als Epochenbruch empfunden wurde.

Der zentrale Begriff, unter den die neue Regierung Hitler am 1. Februar 1933 ihr Programm gestellt hatte, war derjenige der «Volksgemeinschaft ». Der Terminus selbst war über die politischen Lager hinweg während der vergangenen fünfzig Jahre eine Leitvokabel der Modernekritik gewesen. In ihm verband sich die Kritik an den die soziale Gemeinschaft zerreißenden Klassen der Industriegesellschaft sowie an den Gegensätzen zwischen den Konfessionen mit der Ablehnung der Parteien und des Parlamentarismus, welche auf Uneinigkeit und Interessengegensätzen basierten. Das berühmte Wort Wilhelms II. vom 1. August 1914, «Ich kenne keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr, wir sind heute alle deutsche Brüder», hatte diese Kritik und die daher rührende Sehnsucht nach Einheit zum Ausdruck gebracht. Das war kein deutsches Sonderphänomen. Überall in Europa hatten die sozialen Unruhen nach dem Kriege stark zugenommen. Streiks und revolutionäre Aufstände auf der einen, Konflikte zwischen ethnischen Gruppen in den neu geschaffenen Nationalstaaten auf der anderen Seite hatten in Spanien wie in Italien, in Polen, Ungarn und Jugoslawien ebenso wie in Griechenland und Bulgarien autoritäre Regimes befördert, welche die Überwindung der inneren Spaltung, die Schaffung nationaler Einheit postulierten und wenn nötig mit Gewalt herzustellen versprachen. Hier wie auch in den Metropolen der westlichen Demokratien wurde





die innere Zerrissenheit zwischen den Klassen als ein unnatürlicher Zustand beklagt, und auch in den Utopien der radikalen Linken sollten ja die Klassenkämpfe durch die Revolution beendet und ein Zustand konfliktloser Gleichheit hergestellt werden. In Deutschland allerdings waren diese Konfliktlinien besonders ausgeprägt und durch den verlorenen Krieg sowohl die nationalen wie die sozialen Widersprüche extrem verschärft worden.

Hier setzte die Agitation der Nationalsozialisten an. In seiner Regierungserklärung bilanzierte Hitler zunächst die Hinterlassenschaft der demokratischen Ära. Die bisherigen Regierungen der «Novemberparteien » hätten die Nation zugrunde gerichtet und ein Trümmerfeld hinterlassen, den «Bauernstand» ruiniert, eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen sowie zur «geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung» beigetragen. Oberste Aufgabe der Regierung sei es daher, «über Stände und Klassen hinweg» die «geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen.» Als politische Hauptaufgaben nannte Hitler die Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und Agrarkrise; die Reform des Verhältnisses von Reich, Ländern und Kommunen; die Fortsetzung der Sozialpolitik und die Wiederherstellung der außenpolitischen Gleichberechtigung Deutschlands. Voraussetzung dafür sei jedoch «die Überwindung der kommunistischen Zersetzung» und damit «des Klassenwahnsinns und des Klassenkampfes».2

Dieses Programm, eingehüllt in die pathetische, zugleich religiös überhöhte Sprache der Zeit, stand durchaus in den Traditionen früherer Regierungsprogramme. Auch Schleicher und von Papen hatten ja die «Reichsreform», die Überwindung des Parteiensystems und der parlamentarischen Demokratie, den Kampf gegen die Kommunisten, den außenpolitischen Wiederaufstieg, die Wiederbewaffnung und die Beseitigung der Wirtschaftskrise angekündigt. Intern formulierte Hitler seine Zielsetzungen





allerdings ungleich klarer und brutaler, so gegenüber der Reichswehrführung am 3. Februar: «Völlige Umkehr der gegenwärt. innenpol. Zustände in D.»; «Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel»; «Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden»; «Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln»; «Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!»; «Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht.» Beseitigung der inneren Gegner, Errichtung eines autoritären Regimes, Wiederbewaffnung und Rückgewinnung außenpolitischer Stärke mit der Option eines baldigen Krieges - das waren die wesentlichen Zielsetzungen, die Hitler hier offenbarte. Aber auch diese unterschieden sich von den öffentlich bekundeten Zielen der nationalkonservativen Reichsreformer höchstens stilistisch.3

Der ausschlaggebende Unterschied zu den vorherigen Regierungen bestand vielmehr darin, dass die Politik Hitlers von einer ebenso radikalen wie tatendurstigen Massenbewegung getragen und forciert wurde, die in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nicht den Beginn einer weiteren Präsidialregierung sah, sondern die «Machtergreifung » der nationalsozialistischen Partei unter ihrem Führer. Die aus dieser Beziehung zwischen Führer und Gefolgschaft entstehende Dynamik hatte bereits in den Jahren zuvor den evidenten Unterschied der NS-Bewegung gegenüber anderen rechtsradikalen Gruppen ausgemacht. Sie setzte sich nun auf der Ebene der Regierungsmacht fort und sorgte für beständige Beschleunigung und Entgrenzung der politischen Umwälzung.

[...]

Wortanzahl: 893





Anmerkungen:

- Der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet über die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus, 1933, in: Michalka (Hg.), Deutsche Geschichte, S36f., hier S. 36; s. Jean-Marc Dreyfus: "Und dann wählten sie Männer wie Hitler zum Werkzeug ihrer Katastrophe aus",. Die Berichterstattung Botschafter André Francois-Poncets und der französischen Konsuln aus dem deutschen Reich bis 1939, in: Bajohr/Strupp (Hg.), Fremde Blicke, S.138-162.
- Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, 1.2.1933, in Michalka (Hg.), Deutsche Geschichte, Nr. I, S.13-16; zum Folgenden s. Frei, Führerstaat, S. 43-95; Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland, S. 59-89; Broszat, Staat Hitlers, S. 82-325; Bracher, Deutsche Diktatur, S. 251-312; Evans, Das Dritte Reich, Bd. I, S. 417-512; Thamer, Verführung, S. 231-336; Wendt, Deutschland, S. 67-200.
- 3 Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine über seine politischen Ziele ("Liebmann-Aufzeichnungen"), 3.2.1033, in Michalka (Hg.), Deutsche Geschichte, Nr. 3, S. 17f., hier S. 17